

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Beratungsleistungen

Stand: 18. Oktober 2026

1. Anbieterin und Geltungsbereich

Anbieterin der Beratungsleistungen ist:

Maike Kraiss

Einzelunternehmerin

Schindelrangen 9

91245 Simmelsdorf

Deutschland

E-Mail: kontakt@maikekraiss.de

Telefon: 01772776977

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für die Buchung und Durchführung persönlicher Einzelberatungen und Beratungspakete, soweit sie vor Vertragsschluss wirksam vereinbart wurden.

Verträge werden ausschließlich mit volljährigen Personen geschlossen. Junge Menschen können nach vorheriger Abstimmung an den Gesprächen teilnehmen, werden dadurch jedoch nicht selbst Vertragspartner.

Individuell getroffene Vereinbarungen haben Vorrang vor diesen AGB.

Diese AGB gelten nicht für Workshops, Vorträge, Selbstlernangebote oder die gesonderte Bereitstellung digitaler Inhalte.

2. Gegenstand und Umfang der Beratung

Die Beratung umfasst je nach gebuchtem Angebot insbesondere:

- Familienberatung,
- Bildungsbegleitung und Orientierung zu selbstbestimmter Bildung,
- Begleitung bei schulbezogenen Herausforderungen,
- berufliche Orientierung, auch ohne Schulabschluss,
- Vorbereitung auf Gespräche mit Schulen, Behörden und anderen Beteiligten,
- längerfristige persönliche Begleitung im vereinbarten Umfang.

Die Beratung findet überwiegend telefonisch oder online über Zoom statt. Eine persönliche Begleitung vor Ort kann gesondert vereinbart werden.

Der konkrete Leistungsumfang ergibt sich aus der bei der Buchung bereitgestellten Angebotsbeschreibung und gegebenenfalls ergänzenden individuellen Vereinbarungen.

Geschuldet ist die sorgfältige Erbringung der vereinbarten Beratungsleistung. Ein bestimmter Erfolg wird nicht geschuldet. Insbesondere werden keine bestimmten schulischen oder behördlichen Entscheidungen, Befreiungen von gesetzlichen Pflichten, Schulabschlüsse, Ausbildungsplätze oder Arbeitsverhältnisse zugesagt.

3. Grenzen der Beratung

Die Beratung dient der Information, Orientierung, Reflexion und persönlichen Begleitung. Sie umfasst keine medizinische Diagnostik, keine heilkundliche oder psychotherapeutische Behandlung und keine individuelle Rechtsberatung.

Die gemeinsame Sichtung von Schreiben und Unterlagen dient dem Verständnis der geschilderten Situation sowie der Vorbereitung eigener Anliegen und Gespräche. Eine rechtliche Einzelfallprüfung, insbesondere von Bescheiden, Rechtsansprüchen, Rechtsbehelfen oder Fristen, ist nicht Bestandteil der Leistung.

Eine rechtliche Vertretung gegenüber Schulen, Behörden oder Gerichten wird nicht übernommen. Soweit entsprechender Beratungsbedarf besteht, ist eine hierfür qualifizierte beziehungsweise befugte Fachperson hinzuzuziehen.

Die Beratung ersetzt keine medizinische, psychotherapeutische oder anwaltliche Betreuung. Sie ist kein Notfall- oder Krisendienst.

4. Buchung und Vertragsschluss

4.1 Onlinebuchung

Bei der Buchung über den verlinkten Buchungskalender werden das ausgewählte Angebot, die Gesprächsdauer, der Preis und der Termin vor Abschluss der Buchung angezeigt.

Mit dem Abschluss des ausdrücklich als zahlungspflichtig gekennzeichneten Buchungsvorgangs kommt der Vertrag über die ausgewählte Beratungsleistung zustande. Die Buchung wird anschließend per E-Mail bestätigt.

4.2 Persönliche Vereinbarung

Bei einer Buchung per E-Mail, Telefon oder im persönlichen Gespräch kommt der Vertrag zustande, sobald sich beide Seiten verbindlich über die Beratungsleistung und die Vergütung geeinigt haben.

Diese AGB gelten dabei nur, wenn sie vor Vertragsschluss zugänglich gemacht und wirksam einbezogen wurden.

4.3 Vertragsunterlagen

Die Vertragssprache ist Deutsch.

Die Vertragsbestätigung, die vereinbarten AGB sowie die erforderlichen

Widerrufsinformationen werden auf einem dauerhaften Datenträger, beispielsweise per E-Mail, zur Verfügung gestellt.

5. Angebote und Preise

Es werden folgende Beratungsangebote angeboten:

- **30 Minuten Beratung: 75 Euro**
- **60 Minuten Beratung: 149 Euro**
- **Beratungspaket mit drei Gesprächen von jeweils 60 Minuten: insgesamt 379 Euro**

Alle angegebenen Preise sind Endpreise. Gemäß § 19 UStG wird keine Umsatzsteuer berechnet.

Maßgeblich ist der bei Vertragsschluss vereinbarte Preis. Spätere Preisänderungen gelten nicht für bereits gebuchte Leistungen.

Zusätzliche Leistungen, insbesondere weitere Beratungszeit, Begleitungen vor Ort, Reisezeiten und Reisekosten, werden vor ihrer Beauftragung gesondert vereinbart. Ohne entsprechende Vereinbarung werden keine zusätzlichen Entgelte berechnet.

6. Zahlungsbedingungen

Die Zahlung kann über PayPal oder per Überweisung erfolgen.

Bei Zahlung über PayPal ist der Gesamtbetrag im Buchungsprozess zu bezahlen.

Für Überweisungen gilt die individuell vereinbarte Zahlungsfrist. Wenn keine abweichende Frist vereinbart wurde, ist der Rechnungsbetrag innerhalb von 14 Tagen nach Zugang der Rechnung zu bezahlen.

Die Rechnung wird elektronisch übermittelt.

Gesetzliche Rechte zur Aufrechnung und Zurückbehaltung bleiben unberührt.

7. Durchführung der Beratung

Die Beratung erfolgt zum vereinbarten Termin im vereinbarten Format.

Die Kundin oder der Kunde stellt die für das Beratungsanliegen erforderlichen Informationen nach bestem Wissen bereit. Es müssen nur solche Angaben mitgeteilt werden, die für das Anliegen erforderlich sind.

Für eine Onlineberatung sind ein geeignetes Endgerät, eine ausreichende Internetverbindung und die erforderliche technische Ausstattung notwendig. Beide Seiten sorgen nach Möglichkeit für eine ruhige und vertrauliche Gesprächsumgebung.

Bei einer Verspätung der Kundin oder des Kunden kann eine Verlängerung über das vereinbarte Terminende hinaus nicht zugesagt werden. Ein etwaiger Vergütungsanspruch richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften und Ziffer 9 dieser AGB.

Bei einer von der Anbieterin verursachten Verspätung wird die fehlende Beratungszeit nachgeholt oder die Vergütung entsprechend reduziert.

Bei technischen Störungen wird eine angemessene Lösung abgestimmt, beispielsweise die Fortsetzung per Telefon oder ein Ersatztermin. Gesetzliche Ansprüche wegen nicht oder unvollständig erbrachter Leistungen bleiben unberührt.

8. Beratungspakete

Das Beratungspaket umfasst drei persönliche Gespräche von jeweils 60 Minuten zum Gesamtpreis von 379 Euro.

Die einzelnen Termine werden gemeinsam vereinbart. Das Paket verlängert sich nicht automatisch und begründet kein Abonnement.

Eine zusätzliche vertragliche Verfallsfrist für nicht genutzte Gespräche wird nicht vereinbart. Gesetzliche Verjährungsregelungen bleiben unberührt.

Für Absagen oder Verschiebungen einzelner Termine gilt Ziffer 9.

Bei einer wirksamen vorzeitigen Beendigung des Pakets erfolgt die Abrechnung nach den gesetzlichen Vorschriften. Soweit eine anteilige Vergütung für erbrachte Beratungszeit geschuldet ist, wird hierfür der vereinbarte Paketpreis zugrunde gelegt. Eine nachträgliche Umrechnung auf die höheren Einzelgesprächspreise erfolgt nicht.

9. Absagen, Terminverschiebungen und Nichterscheinen

9.1 Kostenfreie Absage oder Verschiebung

Einzelne Beratungstermine können bis spätestens 24 Stunden vor dem vereinbarten Beginn kostenfrei abgesagt oder verschoben werden.

Die Mitteilung kann insbesondere per E-Mail an kontakt@maikekraiss.de oder über eine hierfür bereitgestellte Funktion des Buchungssystems erfolgen. Maßgeblich ist der Zugang der Mitteilung.

Bei einer Absage einer einzeln gebuchten Beratung wird ein hierfür bereits gezahlter Betrag erstattet, sofern nicht einvernehmlich ein Ersatztermin vereinbart wird.

Bei einem Beratungspaket bleibt ein rechtzeitig abgesagter Termin für eine erneute Terminvereinbarung verfügbar.

9.2 Kurzfristige Absage oder Nichterscheinen

Bei einer Absage weniger als 24 Stunden vor dem Termin oder bei Nichterscheinen wird das Honorar nicht automatisch in voller Höhe einbehalten.

Ein Vergütungsanspruch besteht nur, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Dabei werden insbesondere ersparte Aufwendungen sowie Einnahmen aus einer anderweitigen Verwendung der frei gewordenen Beratungszeit und gesetzlich anzurechnende Erwerbsmöglichkeiten berücksichtigt.

Eine doppelte Berechnung derselben Beratungszeit erfolgt nicht. Eine Vertragsstrafe wird nicht erhoben.

Kurzfristige Verschiebungswünsche werden nach Möglichkeit einvernehmlich gelöst. Eine kostenfreie Verschiebung innerhalb der letzten 24 Stunden kann nicht allgemein zugesagt werden.

9.3 Gesetzliche Rechte

Gesetzliche Widerrufs- und Kündigungsrechte werden durch diese Terminregelungen nicht eingeschränkt. Insbesondere wird für die Ausübung eines gesetzlichen Widerrufsrechts keine Stornogebühr erhoben.

10. Verhinderung der Anbieterin

Kann die Anbieterin einen Termin nicht wahrnehmen, informiert sie die Kundin oder den Kunden unverzüglich.

Es wird ein Ersatztermin angeboten. Wird für eine einzeln gebuchte Beratung kein Ersatztermin vereinbart, wird die hierfür bereits gezahlte Vergütung erstattet.

Bei einem Beratungspaket wird die weitere Durchführung abgestimmt. Kann eine bereits bezahlte Leistung endgültig nicht erbracht werden, wird der darauf entfallende Betrag erstattet.

Weitergehende gesetzliche Rechte bleiben unberührt.

11. Vertragsbeendigung

Einzelberatungen enden mit Erbringung der vereinbarten Leistung. Beratungspakete enden mit Durchführung der enthaltenen Gespräche, sofern der Vertrag nicht zuvor wirksam beendet wird.

Gesetzliche Kündigungsrechte, insbesondere aus wichtigem Grund sowie gegebenenfalls bei Diensten besonderen Vertrauens, bleiben unberührt.

Die Vergütung und die Erstattung bereits geleisteter Zahlungen richten sich bei einer vorzeitigen Vertragsbeendigung nach den gesetzlichen Vorschriften. Bereits gezahlte Beträge werden nicht allein wegen der Buchung eines Pakets vollständig einbehalten.

Eine Kündigung kann insbesondere per E-Mail an kontakt@maikekraiss.de erklärt werden.

12. Vertraulichkeit und Kommunikation mit Dritten

Die Anbieterin behandelt die persönlichen Inhalte der Beratung vertraulich.

Eine Weitergabe erfolgt nur, soweit hierfür eine wirksame Einwilligung, eine andere entsprechende Berechtigung oder eine gesetzliche Verpflichtung beziehungsweise Befugnis besteht.

Kontakte zu Schulen, Behörden oder anderen Beteiligten erfolgen nur im vorab abgestimmten Umfang und mit der erforderlichen Berechtigung.

Die erforderliche Verarbeitung personenbezogener Daten durch technische Dienstleister wird in der gesonderten Datenschutzerklärung erläutert.

13. Aufzeichnungen

Beratungsgespräche werden grundsätzlich nicht aufgezeichnet.

Eine Aufzeichnung ist ausschließlich nach vorheriger gesonderter Vereinbarung und ausdrücklicher Zustimmung aller betroffenen Teilnehmenden zulässig. Dies gilt auch für Aufzeichnungen durch die Kundin oder den Kunden.

Vor einer vereinbarten Aufzeichnung werden insbesondere Zweck, Speicherung, Empfänger und Löschung erläutert. Die Beratung kann ohne Aufzeichnung stattfinden.

Die Zustimmung zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch eine Aufzeichnung ist freiwillig und kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ohne eine gesonderte Erlaubnis dürfen Aufzeichnungen nicht veröffentlicht, öffentlich zugänglich gemacht oder an andere Personen weitergegeben werden.

14. Beratungsunterlagen

Soweit die Anbieterin eigene urheberrechtlich geschützte Unterlagen bereitstellt, erhält die Kundin oder der Kunde ein einfaches Nutzungsrecht für den eigenen persönlichen Gebrauch.

Eine Veröffentlichung, gewerbliche Nutzung oder Weitergabe an Dritte ist nur mit entsprechender Erlaubnis zulässig. Gesetzliche Nutzungsbefugnisse bleiben unberührt.

Rechte an Unterlagen, welche die Kundin oder der Kunde zur Verfügung stellt, verbleiben bei den jeweiligen Berechtigten.

15. Datenschutz

Personenbezogene Daten werden nach Maßgabe der geltenden Datenschutzvorschriften verarbeitet.

Informationen über Zwecke, Rechtsgrundlagen, eingesetzte Dienstleister, Speicherdauer und Betroffenenrechte enthält die gesonderte Datenschutzerklärung.

Die Einbeziehung dieser AGB stellt keine datenschutzrechtliche Einwilligung dar. Soweit eine Einwilligung erforderlich ist, wird sie gesondert eingeholt.

16. Haftung

Für die Haftung gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

Die fehlende Zusage eines bestimmten Beratungsergebnisses schließt die Haftung für eine schuldhaft Verletzung vertraglicher Pflichten nicht aus.

17. Widerrufsrecht und kurzfristiger Beratungsbeginn

Verbraucherinnen und Verbrauchern steht bei Fernabsatzverträgen und außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen ein gesetzliches Widerrufsrecht zu, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.

Die Einzelheiten ergeben sich aus der gesondert bereitgestellten Widerrufsbelehrung und dem Muster-Widerrufsformular.

Soll die Beratung vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnen, wird hierzu eine ausdrückliche Erklärung der Kundin oder des Kunden gesondert eingeholt.

Das Widerrufsrecht erlischt bei einem entgeltlichen Dienstleistungsvertrag erst bei vollständiger Erbringung der vereinbarten Leistung und nur, wenn die hierfür erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Bei einem Beratungspaket ist die vereinbarte Gesamtleistung nicht bereits mit dem ersten Gespräch vollständig erbracht.

Bei einem Widerruf nach Beginn der Beratung kann ein anteiliger Betrag für bereits erbrachte Leistungen nur unter den gesetzlichen Voraussetzungen verlangt werden.

18. Kundschaft mit Wohnsitz im Ausland

Es gilt deutsches Recht.

Bei Verbraucherinnen und Verbrauchern mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland bleiben zwingende Schutzvorschriften des Aufenthaltsstaates anwendbar, soweit ihnen dieser Schutz nach den einschlägigen gesetzlichen Regelungen nicht durch eine Rechtswahl entzogen werden darf.

Die gesetzlichen Regelungen über die gerichtliche Zuständigkeit bleiben unberührt. Ein ausschließlicher Gerichtsstand am Geschäftssitz der Anbieterin wird gegenüber Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht vereinbart.

19. Schlussbestimmungen

Änderungen oder Ergänzungen eines bestehenden Vertrags bedürfen einer Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien. Individuelle Abreden bleiben unabhängig von ihrer Form wirksam.

Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. An die Stelle unwirksamer Bestimmungen treten die gesetzlichen Regelungen.